

Die Konsequenzen des 11. September 2001

HANS-ULRICH KLOSE:

Risiken in Kauf nehmen, um Risiken zu mindern

In den USA, dem von den Terroranschlägen des September 2001 direkt betroffenen Land, reagierten Bevölkerung und Politik in jeder Hinsicht bemerkenswert – nicht hysterisch und hilflos oder nur schockiert, sondern mit einer Entschlossenheit, die sich mit gebündelter Kraft darauf konzentriert, die Herausforderung anzunehmen. Wer Amerika kennt und amerikanische Mentalität versteht, sieht sich einmal mehr bestätigt in seinem Urteil: Amerika ist anders, ist jünger und vitaler als Europa; es ist – in gewisser Weise – noch immer ein »Pioneer Country«, durchdrungen von einem Durchsetzungs- und Selbstbehauptungswillen, der dem alten Europa bisweilen fehlt.

Der amerikanische Präsident verkörpert dieses spezifisch »Amerikanische« geradezu beispielhaft. Seine Reaktion auf die Anschläge von New York und Washington spiegelte die amerikanische Entschlossenheit wider, auf die Herausforderung in angemessener Weise zu reagieren. Es war angemessen, die Anschläge als das zu werten, was sie tatsächlich sind: eine kriegerische Handlung, die Amerika zentral treffen sollte, die ökonomische Macht (World Trade Center), die militärische Macht (Pentagon) und die politische Macht (der Anschlag auf das Weiße Haus wurde, soviel heute bekannt ist, durch die Passagiere des vierten gekaperten Flugzeuges verhindert). Es war angemessen, nicht sofort zuzuschlagen, blind und auf Verdacht. Die amerikanische Politik handelte nicht unilateral, sie suchte und fand die Unterstützung der UNO, des Sicherheitsrates. Sie erbat und erhielt die Unterstützung der NATO, die erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall feststellte – eine Feststellung, die die Bündnispartner zur Hilfeleistung gegenüber dem angegriffenen Land Amerika verpflichtet. Damit aber nicht genug. Amerika bemühte sich um die Unterstützung einer möglichst großen Zahl von Ländern rund um den Erdball, die in vielen Bereichen unterschiedliche,

sogar gegensätzliche Meinungen/Politiken vertreten, die aber nahe beieinander liegen in der Einschätzung des internationalen Terrors.

Amerika hat lange gewartet, hat sich viel Zeit genommen für die notwendige politische und militärische Vorbereitung, ehe es mit den Bombardierungen in Afghanistan begann. Es führt die militärischen Operationen im Wesentlichen allein aus. Wichtig ist aber, dass andere Länder – Mitgliedsländer der NATO vor allem – den Amerikanern politische und militärische Unterstützung zugesichert haben. Zu diesen Ländern gehört auch die Bundesrepublik Deutschland, deren Kanzler mit der Formel von der »uneingeschränkten« Solidarität die Richtung vorgab. Was das bedeutete, wurde manchem Beobachter sogar im Inland erst allmählich klar. Die NATO – das wollte der Kanzler offenbar ein für alle Mal klar stellen – bleibt auch in veränderter weltpolitischer Konstellation das militärische und politische Handlungsinstrument, das Amerika und Europa miteinander verbindet. Und die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, unter bewusstem Einschluss von Risiken, politische und militärische Verantwortung zu übernehmen, nicht mehr nur als Sicherheitskonsument zu agieren, sondern als Sicherheitsproduzent, in gleichem Umfang wie andere große europäische Länder auch. Die politische Debatte über Bundeswehreinsätze »out of area«, die sich Schritt für Schritt vom Nein über Nein/Aber zum Ja/Aber entwickelte, ist endlich beim Ja angekommen. Dass diese Entwicklung, die seinerzeit unter einer nicht sehr entschlossenen christlich-liberalen Bundesregierung begann, unter einer rot-grünen Bundesregierung fortgesetzt und vollendet wurde, mag nur den seltsam anmuten, der kein Gespür hat für die Weisheit der Geschichte, die dem Zufall einer Wahlentscheidung bisweilen mehr verdankt als dem Vollzug eines großen Planes.

Es ist erstaunlich und ermutigend zugleich, dass die Neujustierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik von der nationalen und internationalen Öffentlichkeit eher unaufgeregt zur Kenntnis genommen wurde. Dazu trägt sicher bei, dass deutsche Politik im Stil moderat und kooperativ geblieben ist. Wir handeln als Partner in der NATO und halten fest an der europäischen Grundorientierung. Wenn der deutsche Außenminister sich in Zentralasien oder im Nahen Osten umsieht und seine guten Dienste als Dialogpartner anbietet, dann geschieht das immer in enger Abstimmung mit der EU, mit Frankreich vor allem, und das ist gut so; denn allein ist Deutschland zwar eine ökonomisch starke, militärisch aber eher kleine Macht, deren Politik nur im Verbund mit anderen EU-Staaten Gewicht und Einfluss hat. Auf diesen Fakt hinzuweisen, macht

Sinn, wenn anderenorts in den Kategorien von nationalem Ehrgeiz und Prestige gedacht wird.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen haben sich durch die Erklärung der uneingeschränkten Solidarität deutlich verbessert. Während die erste Begegnung zwischen Präsident und Kanzler eher reserviert verlief, war die zweite (nach Beginn der Luftangriffe auf die Taliban) geprägt von Sympathie und wechselseitigem Respekt. Der Kanzler traf auf einen Präsidenten, der zugleich rational und entschlossen agierte, und der Präsident erkannte in dem deutschen Bundeskanzler einen Mann, auf dessen Wort man sich verlassen konnte, der bereit war, eine als richtig erkannte Politik auch gegen innenpolitische Widerstände durchzusetzen. Dass der stellvertretende Außenminister der USA, Richard Armitage, den deutschen Beitrag »absolut erstklassig« nannte, war mehr als nur diplomatische Höflichkeit; er drückte aus, was in Washington gedacht und geredet wird: dass Deutschland ein Partner ist, der fest an der Seite der USA steht und dass die NATO insgesamt mehr ist als ein Zweckbündnis.

Ähnlich optimistisch und in gleicher Richtung hatte sich Tage zuvor Brent Scowcroft, ehemaliger Sicherheitsberater der Präsidenten Ford und Bush senior geäußert. Der Krieg gegen die Taliban, gegen Al Qaida und den internationalen Terrorismus könne nur mit einer großen Koalition von vielen Staaten gewonnen werden. Wenn es aber gelinge, eine solche Koalition aufzubauen und beieinander zu halten, dann könne das mehr bewirken: es könne Länder zusammenbringen, mit denen Amerika derzeit Schwierigkeiten habe (Russland, China, Iran); es könne helfen, politische Probleme zu lösen, die derzeit unlösbar schienen; und es könne mit Blick auf Europa »provide the opportunity to re-establish the kind of co-operative warmth that used to characterize our relations« (International Herald Tribune, 17.10.01).

Gegen solche bei aller Unsicherheit und Besorgnis doch eher optimistischen politischen Einschätzungen stehen andere, die die Lage skeptisch bis düster beschreiben. Skeptisch wird die Durchhaltefähigkeit von demokratischen Gesellschaften bei einem lang andauernden Kampf gegen den Terrorismus eingeschätzt. Es muss unterstellt werden, dass alles, was überhaupt vorstellbar und machbar erscheint an weiteren ungeheuerlichen Anschlägen, irgendwann auch versucht, bzw. gemacht wird. Es wird keine demokratische Regierung geben, die – wenn es geschieht – dann bereit wäre, klein beizugeben. Die außerordentlichen Verluste an Menschenleben und materiellen Werten werden es andererseits den Re-

gierungen immer schwerer machen, konsequent zu handeln. Das hat sich in Deutschland schon bei der Diskussion über die sogenannten Sicherheitspakete der Bundesregierung gezeigt. Wenige Wochen nach Beginn der Luftangriffe scheint die Kritik an möglichen Einschränkungen von Freiheitsrechten lauter zu werden, die Unterstützung für die Bundesregierung, allen voran für den Bundesinnenminister, dagegen leiser.

Bemerkenswert und besorgniserregend ist zudem, dass schon relativ kurze Zeit nach Beginn der Luftschläge gegen die Taliban die Forderung nach Unterbrechung der Bombardierungen erhoben wurde. Vielleicht in guter Absicht: um Zeit zu gewinnen, notwendige Versorgungsgüter für die notleidende afghanische Bevölkerung ins Land zu schaffen; aber gegen alle Erkenntnis der Außenpolitiker, dass es die Taliban waren und sind, die Versorgungslieferungen nach Afghanistan ver- oder behindern. Also müsste das eigentliche Anliegen derer, die sich um die afghanische Bevölkerung sorgen, die Forcierung und Beschleunigung militärischer Maßnahmen sein, um die Behinderungen durch die Taliban auszuschalten. Durch die Forderung nach (zeitweiliger) Einstellung der Bombardierungen wird dagegen der Eindruck erweckt, sie seien schuld an der Notlage der Bevölkerung (was an die Argumentation im Kosovo-Krieg erinnert; damals hieß es, die Bombardierungen der NATO, nicht die Verfolgungspolitik von Milosevic seien es gewesen, die die Massenfucht der Albaner ausgelöst haben). Zu vermuten ist jedenfalls, dass der Widerstand gegen den Militäreinsatz in Afghanistan aus »humanitären« Gründen zunehmen wird, je länger der Krieg dauert und je mehr zivile Opfer es gibt.

Wie lange wird der Militäreinsatz dauern? Lange, sehr viel länger jedenfalls, als erhofft. Ohne Bodentruppen geht es nicht; ohne Verbündete im Land selbst auch nicht. Wie verlässlich sind aber die gegen die Taliban kämpfenden Soldaten der sogenannten Nordallianz? Wie viele Bodentruppen der NATO bzw. der Koalition werden benötigt, um die Kämpfer der Taliban und die von Osama Bin Laden zu überwinden? Wie viele tote Soldaten werden in Zinksärgen in ihre Heimat zurückkehren? Wie wird die Bevölkerung dies verkraften? Wird die Koalition halten, wenn der Militäreinsatz lange andauert und schnelle Erfolge ausbleiben?

Pakistan ist ein Schlüsselland in der laufenden Kampagne. General Musharaf, der vom Putschisten zum Präsidenten mutierte, zeigt beachtlichen Mut mit seiner Unterstützung Amerikas. Ob er die Bevölkerung hinter sich hat, ob er auf Dauer dem Druck der Straße standhalten kann, ob die Armee auf seiner Seite bleibt – das sind die entscheidenden und

offenen Fragen. Es muß jedenfalls Ziel der außenpolitischen Akteure in Amerika und Europa sein, Musharaf zu stabilisieren, ihm zu helfen. Die beste Hilfe wäre eine schnelle Lösung des Kashmir-Problems. Es gibt aber keine schnelle und einfache Lösung für einen Konflikt, der Pakistan und Indien schon wiederholt in den Krieg gezogen hat. Wer wäre bereit, einer Teilung Kashmirs entlang zu vereinbarenden religiöser Grenzen das Wort zu reden und eine solche Lösung durchzusetzen? Nur so könnte das Gewaltpotenzial des Konfliktes (vielleicht) abgebaut werden; nicht aber durch eine Volksabstimmung auf der Grundlage einer über 50 Jahre alten, durch die Realitäten überholten UN-Resolution.

Schwierig ist auch die Lage in den arabischen Ländern. Die Regierungen kennen und fürchten die fundamentalistische Gefahr, die ihnen ohne Ausnahme droht. Ein Ziel von Al-Qaida ist doch, nach deren eigener Aussage, der Sturz der »korrupten« Regierungen in Saudi-Arabien, Ägypten und anderswo. Je länger der Krieg in Afghanistan dauert und je auswegloser die Lage im Nahen Osten sich entwickelt, desto umfangreicher wird das Potenzial des Umsturzes, desto größer der Einfluss von Osama Bin Laden. Dennoch: die Fortdauer des Nahostkonfliktes bedroht den Fortbestand der Koalition gegen den Terrorismus, weil Amerika nicht als fairer Moderator, sondern als einseitig festgelegter Unterstützer für Israel angesehen und verantwortlich gemacht wird für alles Leid und Unrecht, das den Palästinensern seit Jahrzehnten zugefügt worden ist.

Der Antiamerikanismus, den es unbestreitbar in vielen arabischen Ländern gibt, hat viele Ursachen. Der Nahostkonflikt gehört dazu, an prominenter Stelle. Diesen Konflikt zu lösen, ist eine vordringliche Aufgabe, die nur gelingen kann, wenn der Einfluss der Fundamentalisten auf israelischer und palästinensischer Seite zurückgedrängt wird. Gegenwärtig geschieht aber das Gegenteil: die Fundamentalisten bestimmen den Gang der Dinge und verhindern, dass gemäßigte Kräfte eine Lösung vorbereiten, die von beiden Seiten als gerecht empfunden wird. Es gibt keinen Frieden in Nahost, ohne die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Es gibt keinen unabhängigen Palästinenserstaat, wenn alle israelischen Siedlungen im Westjordanland und in Ghaza bleiben. Es gibt keinen gesicherten jüdischen Staat, wenn die Palästinenser auf dem vollen Rückkehrrecht aller Palästinenser nach Israel beharren. Und es gibt keinen religiösen Frieden, wenn nicht beide Seiten die heiligen Stätten der jeweils anderen Seite respektieren. In Nahost kann man studieren, dass die Konfliktlinien in Wahrheit nicht zwischen »Kulturen«, son-

dern zwischen Fundamentalismen verlaufen, die es in allen Kulturen gibt – Fundamentalisten auf der einen, Aufklärer auf der anderen Seite.

Besteht die Gefahr, dass wir dennoch in einen »clash of civilizations« hineingezwungen werden? Niemand im Westen, der alle Sinne beisammen hat, will einen solchen Krieg. Wie lange wird der Westen die Argumentation durchhalten, dass er keinen Krieg führt gegen den Islam, auch nicht gegen das afghanische Volk, sondern gegen fundamentalistische Terroristen und deren Unterstützer? Wenn Al-Qaida offen erklärt, jetzt habe der Krieg der Gläubigen gegen die Ungläubigen begonnen, wenn es weitere Anschläge gibt, wenn sich der fundamentalistische Untergrund rührt, den es auch in aufgeklärten westlichen Gesellschaften gibt – was dann? Werden die demokratisch gewählten politischen Führer weise und stark genug sein, um ihre Länder und die Menschen auf Kurs zu halten? Was, wenn die ökonomische Lage sich als Folge der terroristischen Bedrohung verschlechtert?

Es ist gewiss richtig, dass nach den Anschlägen von New York und Washington nichts mehr so ist, wie es vorher war. Wie aber wird es werden? Verantwortliche Politik ist verpflichtet, alles zu tun, um die analysierten Risiken zu mindern und die Chancen zu mehrern. Die Schwierigkeit der Politik liegt nach dem 11. September 2001 darin, dass sie, um ihre Chancen zu mehrern, große Risiken in Kauf nehmen muss. In dieser Schwierigkeit muss sich auch deutsche Politik bewähren.

MICHAEL EHRKE:

11. September 2001: Anschläge auf welche Zivilisation?

Die Wucht der Anschläge vom 11. September auf New York und Washington und die Gewalt der Bilder haben die Interpretationskraft vieler Beobachter – Journalisten, Wissenschaftler wie Politiker – vor eine fast nicht zu bewältigende Herausforderung gestellt: Was war »Sinn« der Anschläge? Keine Organisation bekannte sich zu der Tat, niemand verkündete den mit ihr verfolgten Zweck. Allein der hohe Symbolgehalt der Angriffsziele wies darauf hin, dass es sich nicht um einen Angriff der menschlichen Sprache unkundiger Wesen aus dem All handelte. Der Attacke fehlte die dumpfe Fatalität einer Naturkatastrophe: Die Gewalt war erschreckend zielgerichtet.

Kriegserklärung ...

Die reflexhafte und spontane Erklärung durch Journalisten und Politiker lautete: Es handelte sich um eine Kriegserklärung an die »zivilisierte Welt« bzw. die »westliche Zivilisation«. Diese Interpretation ist nicht nur fragwürdig, weil sie – wie Christian Semler in der *taz* bemerkte – »Zivilisation« und »Westen« gleichsetzt, sie ist auch doppeldeutig, insofern sie offen lässt, auf welche Bedeutung der Begriffe »zivilisierte Welt« und »westliche Zivilisation« sie sich bezieht.

Der Symbolgehalt des Pentagon ist, anders als die des World Trade Center, eindeutig: Es symbolisiert die militärische Macht Amerikas und damit eine Weltordnung, die von den USA als einziger Supermacht dominiert wird. Das Pentagon verkörpert den *geopolitischen* Status quo, unabhängig von den ideellen Gehalten, die von der amerikanischen Militärmacht geschützt werden. Das World Trade Center und die Stadt New York, die es beherbergte, stehen dagegen für Amerika als einer ideellen Macht, für die »westliche Zivilisation« als *Idee*, eine Idee allerdings, die mehrdeutig ist.

... an die Zivilisation der Aufklärung ...

Auf der einen Seite ist die in Europa entstandene und nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem von den USA repräsentierte westliche Zivilisation ein Produkt der Aufklärung: Ihr Kernprogramm liegt darin, dass jede Tradition, jede Religion, jede Wahrheit, die nicht der zersetzenden Kraft der kritischen Vernunft standhält, partikular ist und keine allgemeine Geltung beanspruchen kann. Hieraus ergibt sich zweierlei – Erstens: Es gibt keinen anderen Ort der Vernunft als das aufgeklärte Individuum. Das Individuum ist, mit universell gültigen Rechten ausgestattet, die letzte Instanz, die über Wahr und Falsch, Gut und Böse entscheiden kann, darf und muss (was die Kommunikation zwischen vernünftigen Individuen natürlich nicht ausschließt). Zweitens: Jede Wahrheit jenseits der Vernunft wird zur Privatsache, die als solche auch zu tolerieren ist. Es gibt keine Trennungslinie zwischen Gläubigen und Ungläubigen, sondern ein Universum unterschiedlicher und prinzipiell gleichwertiger Glaubens- und Wertesysteme, die sich öffentlich nur begrenzt erörtern lassen. Die auf der Aufklärung basierende »westliche Zivilisation« ist daher gekennzeichnet durch einen »friedfertigen Inklusionswillen, ... ausartierten Pluralismus, das Faible für Mischkulturen und ... einen histo-

risch geschärften Sinn für die legitime Andersheit Fremder« (Thomas E. Schmidt in der »Zeit«). Das einzige der Aufklärung kompatible Zivilisationsmodell ist multiethnisch, multireligiös und multikulturell. Dabei wird jeder Religion und Tradition zugemutet, dass sie ihren Absolutheitsanspruch revidiert und sich damit *als* Religion und *als* Tradition, die ihre Autorität aus ihrer Unhinterfragbarkeit herleitet, demontiert.

Natürlich handelt es sich eher um ein Ideal, möglicherweise um einen (nicht-linearen und reversiblen Trend), als um einen Zustand. Gleichwohl kam kaum eine Stadt dieser Welt diesem Ideal so nahe wie New York, die multikulturelle Stadt par excellence (die ihre Vielfalt noch einmal eindrucksvoll bei dem Trauergottesdienst im Yankee-Stadium demonstrierte). Im World Trade Center starben nicht nur weiße Protestanten angelsächsischer Herkunft, sondern Menschen aller Nationalitäten, Hautfarben, religiösen Bekenntnissen und sozialen Klassen.

... oder den globalen Kapitalismus?

Auf der anderen Seite symbolisieren New York und das World Trade Center eine von den USA dominierte zutiefst ungerechte kapitalistische Weltordnung, in der Einkommen und Lebenschancen zwischen Klassen und Ländern extrem ungleich verteilt sind, in der täglich Tausende hungern oder an AIDS sterben, obwohl es ausreichend Lebensmittel und Medikamente gibt. Der Respekt vor dem Individuum, den die Aufklärung bekundet, wird vom globalen Kapitalismus von Ruanda bis Haiti, von Palästina bis Ost-Timor systematisch dementiert. Die relative Sicherheit und der Wohlstand, die die Bürger des »Westens« genießen, sind Ausnahme, Not und Gewalt, die der globale Kapitalismus produziert oder duldet, die Regel. Daher auch die von vielen Kommentatoren geäußerte Bemerkung, mit dem Anschlag vom 11. September sei Amerika verspätet in der »Wirklichkeit« (synonym: im 21. Jahrhundert) angekommen.

Die Oberfläche des globalen Kapitalismus stellt sich dar als eine »ungeheure Warensammlung«, gekrönt von einer Woge kommerzieller Symbole und Bilder – Firmenlogos wie Nike, MTV oder McDonalds, Hollywood, Michael Jackson, Disneyland, Baseballkappen, Sexualität, Reklame –, die die Kulturen dieser Welt unter sich zu begraben droht. Diese Woge muss in nicht-westlichen Gesellschaften als besonders bedrohlich wahrgenommen werden. Zum einen hat die Waren*symbolik* eine höhere Bedeutung, weil die materiellen Waren selbst oft gar nicht

erworben werden können. Zum ändern wird mit den Waren und Symbolen eben auch die westliche Zivilisation verkauft, die sich auf diese Weise in ihrer Rolle weltgeschichtlicher Sieger bestätigt. Dies gilt ganz besonders für islamische Gesellschaften, die auf eineinhalbtausend Jahre Konfrontationsgeschichte mit dem Westen zurückblicken.

Aufklärung und globaler Kapitalismus einschließlich des von diesem produzierten kulturindustriellen Schrotts sind aufeinander bezogen. Das verbindende Glied ist das *Individuum*, das als Träger der Vernunft letzte Instanz jeder Wertentscheidung ist, das also auch frei ist, einen Big Mac zu verzehren.

Die Ziele des Terrors: Nicht der globale Kapitalismus ...

Gegen welche symbolischen Gehalte richtete sich der Terror der Anschläge von New York und Washington? Eine Antwort kann vorab ausgeschieden werden: Der Terror war nicht – zumindest nicht in erster Linie – gegen eine ungerechte kapitalistische Weltordnung gerichtet, er steht nicht in der Tradition eines Frantz Fanon, der der Gewalt im anticolonialen Kampf eine befreiende Rolle zusprach, und auch nicht in der Che Guevaras, der »zwei, drei, viele Vietnam« gefordert hatte.

Es waren nicht die selbsternannten Vertreter der »Verdamnten dieser Erde«, die das Massaker von New York und Washington planten und durchführten; es waren vor allem Angehörige der Bildungselite der eher wohlhabenden arabischen Golfstaaten. Ihr Motiv war ganz offensichtlich nicht die Befreiung der Ärmsten von materieller Not, sondern die Befreiung der moslemischen Welt von den Nicht-Muslimen bzw. heiligen Stätten des Islam von der Anwesenheit der Ungläubigen: »Religious Cleansing«.

... sondern die Zivilisation der Aufklärung

Der Schlag gegen das World Trade Center war kein Gegenschlag der Dritten gegen die erste Welt, sondern *in der Tat* ein Anschlag auf eine Zivilisation: Die Zivilisation der Aufklärung und ihre hedonistisch-materialistischen Symbole. Zweitens zielte er – das zeigt der Angriff auf das Pentagon – auf die Militärmacht der USA. Die Verbindung beider – des zivilisationsbezogenen und des geopolitischen Aspekts – macht die neue Qualität des Terrors aus, die ihn von der selbstreferenziellen Nur-Symbolik etwa der RAF unterscheidet.

Die Anschläge vom 11. September sind wirklich Teil eines »Zusammenstoßes der Zivilisationen«, wenn auch nicht der islamischen mit der westlichen Welt. Die entscheidende Konfliktlinie zieht sich durch *beide* Welten. Fundamentalismus ist ebenso wenig ein Geburtsfehler islamischer Gesellschaften wie Toleranz ein immer wähernder Aktivposten des Westens ist. Beide Welten sind von einer inneren, historisch veränderlichen Grenze durchzogen, die sie in »aufgeklärte« und (der Begriff ist anfechtbar) »fundamentalistische« Kräfte spaltet. Das Vorbild für Lessings »Nathan der Weise«, ein Urtext der Aufklärung, ist Saladin, der Sieger über die Kreuzritter, die sich ihrerseits als ziemlich barbarische Bande profiliert haben sollen. Der barbarischste Zivilisationsbruch der Geschichte wurde im Europa des 20. Jahrhunderts vollzogen, in der Verantwortung einer der zu jener Zeit wirtschaftlich und technisch fortgeschrittensten Nationen. Noch heute werden in Deutschland Ausländer erschlagen, weil sie Ausländer sind. Und auch in den USA hat die westliche Zivilisation ihre fundamentalistische Unterseite: die christliche Rechte mit ihren gewaltbereiten Rändern, die antistaatlichen Militia, apokalyptische und suizidgefährdete Millenniumskulte. Die christlichen Fundamentalisten Jerry Falwell und Pat Robertson bezeichneten den Terror von New York als gerechte Strafe für Lasterhaftigkeit und Homosexualität. In den USA werden nach China die meisten Todesurteile der Welt vollstreckt, und der Anteil derjenigen, die an Gott und den Teufel glauben, ist in Amerika höher als in anderen westlichen Ländern; ebenso die Gewissheit, das Land sei von Gott auserwählt – eine Gewissheit, die paradoxerweise nach den Massenmorden vom 11. September (erinnert sei an die Messe in der National Cathedral in Washington) noch einmal besonders dringlich beschworen wurde. Die westliche Zivilisation liegt – wie jede andere – in einem permanenten Kampf mit sich selbst, in einer Art Kultur- oder Zivilisationskampf, der auch mit Gewalt ausgetragen wird. Timothy McVeighs Anschlag auf das Regierungsgebäude in Oklahoma unterschied sich mehr in der Dimension als in der Motivation von den Massenmorden des 11. September.

Die Auseinandersetzung zwischen Aufklärung und »Fundamentalismus« ist nicht gleichbedeutend mit einem Kampf zwischen modernen und traditionellen Kräften. Die Autorität *traditioneller* Werte und Weltdeutungen liegt darin, dass sie, in das Alltagsleben der Gemeinschaften eingelassen, nie hinterfragt wurden. Der Fundamentalismus ethnischer oder religiöser Natur dagegen ist eine *Reaktion* auf die Aufklärung und die Zumutungen der Moderne. Selber modern enthält er das Element

des Trotzes und der Abwehr. Dabei ist er durchaus bereit, sich der technischen Errungenschaften der Moderne zu bedienen und sie für anti-moderne Zwecke einzusetzen.

... und der geopolitische Status Quo

Die Terroranschläge wurden in den USA als Kriegserklärung interpretiert, als neues Pearl Harbor, ohne dass sich eindeutig ein kriegführender Staat hätte ausmachen lassen (auch das Taliban-Regime hat Amerika nicht den Krieg erklärt). Die Kriegsmetapher trifft sich trotz ihrer Unangemessenheit mit der Metaphorik des Terrors, der sich selbst als kriegführende Partei interpretiert. Dieser Krieg hat klare taktische Ziele – in erster Linie die Vertreibung des amerikanischen Militärs aus Saudi-Arabien –, die sich in ein strategisches Wahnsystem einordnen: Die Wiederherstellung des Kalifats und die Befreiung der muslimischen Welt von den »Ungläubigen«.

Die Anschläge von New York und Washington sollten offensichtlich zeigen, wie hoch der Preis der amerikanischen Präsenz in der arabischen Welt ist. Frühere Anschläge auf amerikanische Soldaten im Libanon und in Somalia waren in dieser Hinsicht vom Erfolg gekrönt gewesen: Die USA zogen sich in beiden Fällen aus der Krisenzone zurück. Freilich wird kein Terrorist damit rechnen, dass sich die USA nach dem 11. September aus dem Nahen Osten zurückziehen. Ein Gegenschlag ist unausweichlich und ist aller Wahrscheinlichkeit nach auch von den Terroristen gewollt, da er – wenn er auf den geographischen Ursprung des Terrors im Nahen Osten zielt – die Destabilisierung einzelner Länder oder der ganzen Region einleiten könnte, und für eine politisch nicht-etablierte gewaltbereite Kraft ist Destabilisierung vorteilhafter als Stabilität. Die Politik, die die USA in der Vergangenheit im Nahen Osten betrieb – vom Sturz Mossadeghs über die Unterstützung Saddam Husseins im »ersten Golfkrieg« gegen den Iran bis hin zur Förderung, Ausbildung, Finanzierung und Bewaffnung der afghanischen Mudjahedin – legt nahe, dass der Kalkül der Terroristen aufgehen könnte. Edward Saïd verglich die USA im Nahen Osten mit Gulliver im Lande Liliput: Aufgrund seiner schieren Größe ist Gulliver den Liliputanern haushoch überlegen. Doch er lässt sich in die lokalen Händel der Zwerge verwickeln und wird damit zu einer solchen Last, dass die verfeindeten Seiten ihn gemeinsam aus Liliput herausdrängen. Natürlich kann es auch umgekehrt ausgehen: Der neue kalte oder heiße Krieg gegen den Terror schafft einen Rahmen, in-

nerhalb dessen die Stabilisierung des Nahen Ostens zum obersten Imperativ wird – was auch neue entwicklungspolitische Initiativen möglich macht (s. das Politikinfo *Die Welt im Herbst* von Michael Dauderstädt).

Eine Zeit für Kreuzzüge?

Was ist zu tun? Eine erste Antwort war: *Die Weltordnung muss gerechter werden*; in einer gerechteren Welt würden die Energien, aus denen sich der Terrorismus speist, erlöschen. In dieser Sicht ist das soziale Dynamit, mit dem »unser aller Zuhause« gefüllt ist – »das geballte Leid und Elend verarmter und enterbter Millionen« (Zygmunt Bauman) – das eigentliche Problem, nicht die Terroristen, von denen immer genug mit dem Streichholz bereit stehen werden. Wenn es darum geht, erkennbare Konflikte zu lösen, in denen Menschen ihrer Rechte beraubt und gedemütigt werden und in denen sich terroristisches Potenzial aufbaut – wie zur Zeit in Palästina – ist dieser Haltung zuzustimmen. Die Schaffung einer »gerechteren Weltordnung« dagegen würde den Terror kaum aus der Welt schaffen, da es immer unterschiedliche und konträre Vorstellungen von Gerechtigkeit geben wird. Der Abbau der materiellen Not und der Gewalt in der Dritten Welt ist eine Aufgabe, die sich unabhängig von terroristischen Anschlägen stellt, sie ist Selbstzweck; die Entschärfung terroristischen Potenzials wäre eine erwünschte Nebenfolge.

Der Abbau materieller Not und Gewalt in den Entwicklungsländern und der sozialen Ungleichheit im Westen ist ein Projekt, das sich im Rahmen der Aufklärung realisieren lässt, kein Gegenprojekt gegen die »westliche Zivilisation«. Die praktische Kritik an dem von den USA repräsentierten und aktiv verfolgten Muster wirtschaftlicher Globalisierung – eine Kritik, die gerade in den USA selbst artikuliert wird – ist Teil dieses Projekts. Wer – wie Peter Beinart in der *New Republic* – die Kritik am herrschenden Globalisierungsmodell in den Verdacht indirekter Komplizenschaft mit dem Terror bringt, verwandelt eine bestehende Konfliktlinie innerhalb der »westlichen Zivilisation« in eine Kriegsfront.

Gefordert wird auch ein *Dialog der Kulturen*, insbesondere ein Dialog des Westens mit dem Islam. Dieser Dialog hat freilich eine Grenze: Das Toleranzgebot und die universelle Geltung der Menschenrechte sind aus westlicher Sicht nicht relativierbar; sie sind kein Verhandlungsgegenstand. Unter Voraussetzung dieser Einschränkung freilich sind beiderseitige Lernprozesse vorstellbar. Die westlichen Gesellschaften haben selbst an vielen Aspekten ihrer Zivilisation zu zweifeln begonnen;

angesichts der drohenden Kommerzialisierung des sozialen Lebens bis in die Kindergärten hinein sind sie darauf angewiesen, auch traditionelle Solidaritätsbeziehungen zu bewahren, zu begründen, zu erfinden und wieder zu erfinden, wenn auch deren Geltung *als* Tradition – als unhinfragbar – nicht aufrechterhalten werden kann.

Weder die Verbesserung der Welt, noch der Dialog der Kulturen kann *die Bekämpfung des Terrors* selbst ersetzen. Dies wird, wie man jetzt sieht, ein langwieriger und vielschichtiger Prozess sein, in dem spektakuläre Medienereignisse (wie der CNN-Krieg am Golf) nicht zu erwarten sind. Ein Sieg über den Terrorismus würde sich eher als *Ausbleiben* spektakulärer Ereignisse manifestieren. Um so größer ist die Gefahr, dass auf symbolische Ersatzhandlungen zurückgegriffen wird, mit denen die Medien gefüttert werden können, die aber einem Sieg über den Terror um keinen Schritt näher bringen.

Die größte Gefahr liegt in der gegenwärtigen Situation darin, dass »der Westen« auf den Angriff aus dem Lager des islamistischen Fundamentalismus damit reagiert, dass er – intendiert oder nicht – seine eigene fundamentalistische Unterseite mobilisiert. Die Zahl der vom Hass motivierten Anschläge auf Menschen nahöstlicher Herkunft, auf Moscheen und andere Einrichtungen, nimmt zu. Präsident Bush hat den Kampf gegen den Terrorismus als »Kreuzzug« bezeichnet, eine Vokabel, die er später zurücknahm, die aber auf die reflexartige Spontaneität verweist, mit der die am 11. September eingeleiteten Auseinandersetzungen in die Polarisierung Orient-Okzident gestellt werden. Und in Deutschland erweist sich die Kultur der Denunziation als jederzeit abrufbar: Eine Asylbewerberin arabischer Herkunft soll abgeschoben werden, weil sie nach den Anschlägen »Freude« bekundet haben soll, zwei Lehrerinnen in Sachsen sollen aus demselben Grund vom Dienst suspendiert werden.

In New York gab es bislang »so gut wie« keine Ausschreitungen gegen wirkliche oder vermeintliche Moslems, und Woody Allen erklärte im »Spiegel«, er würde sich lieber von einer Rakete treffen lassen als aufs Land ziehen – besser kann man es eigentlich nicht formulieren.

DIETER DETTKE:

Das neue Interesse des Hegemonen an Verbündeten

Als die neue amerikanische Administration unter Führung von George W. Bush Anfang des Jahres 2001 ihr Amt antrat, schien Amerika auf dem besten Wege zu sein, der Welt den Rücken zuzukehren. Das Bemühen, sich auch außenpolitisch klar und deutlich von der Clinton-Administration abzugrenzen, war so stark, dass mit Ausnahme der NATO-Erweiterung alle außenpolitischen Initiativen der Vorgängerregierung gestoppt oder abgebremst wurden und auch bereits von ihr unterzeichnete internationale Verträge wieder zur Disposition standen. Die Folgen:

- ▶ Der Nahost-Friedensprozess kam zum Stillstand und die aktive amerikanische Vermittlungsrolle wurde ausgesetzt.
- ▶ Der Dialog mit China wurde einer grundlegenden Überprüfung unterzogen.
- ▶ Ansätze zu einer Politik der Verständigung mit Nordkorea wurden auf Eis gelegt und selbst die »sunshine policy« des amerikanischen Verbündeten Südkorea in Gegenwart von Präsident Kim öffentlicher Kritik unterzogen.
- ▶ Die amerikanische Präsenz auf dem Balkan wurde grundsätzlich in Frage gestellt, jedoch zunächst weitergeführt, wenn auch zögernd.
- ▶ Der amerikanische Druck auf multilaterale Institutionen, auf die UNO, die Weltbank und den IWF, nahm zu.

Eine Reihe von internationalen Abkommen waren auch schon vor Amtsübernahme der Bush-Administration in Gefahr, keine Mehrheit für die Ratifizierung durch den amerikanischen Senat zu finden. Dem umfassenden Abkommen zur Beendigung von Nuklearversuchen wurde bereits Ende 1999 noch während der Clinton-Administration die Ratifizierung im amerikanischen Senat verweigert. Der neue Internationale Strafgerichtshof stieß von Anfang an auf amerikanische Vorbehalte, wurde aber von der Clinton-Administration als eine der letzten Amtshandlungen schließlich doch unterzeichnet. Ebenso wurde das Kyoto-Abkommen zum Klimaschutz von der Clinton-Administration unterzeichnet, trotz der ablehnenden Haltung des Senats.

Als Fehler stellt sich insbesondere heute heraus, dass die Bush-Administration nicht nur ein internationales Abkommen zur Einschränkung des Handels mit Kleinwaffen ablehnte, sondern sich im Juli dieses Jahres auch weigerte, dem Durchführungsprotokoll für das Abkommen über biologische Waffen beizutreten. Als der neue Präsident auch den

ABM-Vertrag als Relikt des Kalten Krieges beiseite legte und das Kyoto-Abkommen offiziell von amerikanischer Regierungsseite ablehnte, konnte dies weltweit nur als klares Signal eines neuen amerikanischen Unilateralismus verstanden werden.

Die neue Administration wollte sich nicht durch eine Außenpolitik fesseln lassen, die sie eher verächtlich als globale Sozialarbeit zu charakterisieren pflegte. Sie wollte die verloren geglaubte nationale Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen und in Zukunft zeitlich unbegrenzte humanitäre Interventionen unter allen Umständen vermeiden. Der Schwerpunkt der neuen amerikanischen Außenpolitik war die Modernisierung der Streitkräfte.

In der Wahrnehmung von Amerikas Partnern war mit dieser Wende in der amerikanischen Außenpolitik die große Gefahr verbunden, militärische Macht mit Führung zu verwechseln. Die Befürchtung war, dass Amerika versucht sein könnte, gestützt auf seine dynamische Wirtschaft und seine militärische Kraft machtvoll zu präsidieren, statt globale Führung zu übernehmen.

Die Terroranschläge vom 11. September haben das Selbstverständnis Amerikas als Weltmacht tiefgreifend verändert. Eine Zäsur außenpolitischen Handelns ist erkennbar. Alte Kräfte und Vorstellungen von der Notwendigkeit amerikanischen Handelns ohne Rücksicht auf Partner und Verbündete bleiben sicher präsent. Sie sehen auch die neue Phase der Konfrontation mit dem transnationalen Terrorismus und der damit verbundenen internationalen Kooperation eher als Übergangsphase.

Aber dem neuen harten Realismus außenpolitischen Denkens in der Bush-Administration ist eine transformatorische Erfahrung nach dem 11. September nicht erspart geblieben: dass nämlich auch eine hoch überlegene Militärmacht in einer asymmetrischen Konfrontation in hohem Maße verwundbar bleibt; denn in der Auseinandersetzung mit dem Terror gibt es kein Gleichgewicht des Schreckens oder gleichgewichtige konventionelle Truppenstärken. Es gibt ein Ungleichgewicht des Terrors, das sich jedenfalls allein militärisch nicht ausgleichen lässt. Einer demokratisch verfassten Gesellschaft sind darüber hinaus auch innere Schranken bei der Wahl der Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus gesetzt.

Die Terroristen haben es geschafft, mit Hilfe minderwertiger bzw. sogar ohne eigene Bewaffnung kommerzielle Flugzeuge in gelenkte Raketen mit ungeheurer Zerstörungskraft umzuwandeln. Sie haben Instrumente der offenen Gesellschaft gegen sie gekehrt und mit Hilfe einer äußerst hoch entwickelten Planungskapazität das World Trade Center und

Teile des Pentagon als Symbole amerikanischer Macht und der Globalisierung zerstören können. Der mit den Terroranschlägen vom 11. September verbundene Verlust an Menschenleben war höher als in Pearl Harbour und bei D-Day an der Omaha Beach, als die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg unter schweren Verlusten die französische Küste in der Normandie stürmten.

In seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress am 20. September zog Präsident George W. Bush die korrekte Schlussfolgerung, dass Amerika nicht immun gegen Angriffe sei. Auf sich selbst gestellt, kann auch die einzig verbliebene Supermacht den Terrorismus nicht erfolgreich bekämpfen. Die Vereinigten Staaten brauchen Verbündete, und in der Gestalt, wie der Kampf gegen den transnationalen Terror nach dem 11. September angelegt worden ist, kann man durchaus Anzeichen für eine Rückkehr Amerikas zum Multilateralismus erkennen:

- ▶ Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde frühzeitig mit den Terroranschlägen befasst.
- ▶ Artikel 5 des Nordatlantischen Vertrages wurde erstmals in der Geschichte der NATO herangezogen.
- ▶ Es wurde eine globale Allianz gegen den Terror geschmiedet, zu der auch nicht mit den USA verbündete Staaten gehören, darunter Russland, China, Indien, Pakistan und der Iran.

Nach den Militärschlägen gegen die Taliban und in der Annahme, dass es zu einer neuen Regierung in Afghanistan kommt, wird auch wieder die Stunde der UN-Friedenstruppen schlagen. Amerika ist daran interessiert, die UN zur Zukunftssicherung in Afghanistan heranzuziehen.

Deutlich war hier die Handschrift des amerikanischen Außenministers Colin Powell zu spüren, der im Kampf gegen den Terrorismus ähnlich wie im Golf-Krieg eine möglichst große Koalition von Staaten an der Seite der Vereinigte Staaten haben wollte. In globaler Zusammensetzung wird sich die Koalition gegen den Terror auf Dauer allerdings nicht zusammenhalten lassen. Zu unterschiedlich sind die hinter dem Solidaritätsbekenntnis mit den USA stehenden realen Interessen. Russland sieht in der Terrorismus-Bekämpfung in erster Linie einen Weg, den Tschetschenien-Konflikt auf eine andere Ebene zu heben und das eigene Terrorismusproblem in einem neuen Licht erscheinen zu lassen: nicht als Beispiel der Unterdrückung einer nationalen Minderheit, sondern als Teil der Auseinandersetzung mit dem transnationalen Terrorismus. China sieht die eigene innenpolitische Auseinandersetzung mit gewalttätigen Regimegegnern nicht ungern als Teil des internationalen

Kampfes gegen den Terrorismus. Die Hauptquelle des Terrorismus für Israel sind Hisbollah und Hamas und die Konzentration auf die Auseinandersetzung mit bin Laden löst in Israel eher die Befürchtung aus, dass letztlich für den Israel direkt bedrohenden Terror eine geringere Sicherheitsstufe gelten könnte.

Ginge es darum, in Afghanistan einen Koalitionskrieg gegen Osama bin Laden und seine Al-Quaida-Organisation zu führen, sind erhebliche Zweifel berechtigt, ob sich eine fragile globale Koalition tatsächlich zu einem gemeinsamen militärischen Handeln durchringen kann. Die Vereinigten Staaten haben während des Golf-Kriegs auch die Erfahrung machen müssen, dass Koalitionen in der Regel Kriegsziele begrenzen und der Führungsmacht unter Umständen sogar die Durchsetzung des eigenen Willens versagen können. Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus ist denn auch von Anfang an nicht von formaler Koalitionsbildung gesprochen worden.

Sowohl Verteidigungsminister Rumsfeld als auch Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin des Präsidenten haben stets von multiplen Koalitionen im Kampf gegen den Terrorismus gesprochen. Damit sollte von vornherein verhindert werden, die Definition der militärischen Ziele im Kampf gegen den Terrorismus der Koalition zu überlassen: »the mission defines the coalition« und nicht umgekehrt. Amerika will sich auf diese Weise Handlungsfreiheit innerhalb der Koalition sichern und sich in einer Situation existenzieller Bedrohung nicht von außen Beschränkungen auferlegen lassen. Dies gilt in diesem Zusammenhang auch für die Rolle der Vereinten Nationen. Die amerikanische Regierung ist sehr wohl daran interessiert, im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus auch die Unterstützung der Vereinten Nationen auf ihrer Seite zu haben, macht aber das eigene Vorgehen umgekehrt nicht von der völkerrechtlichen Legitimation durch die UNO abhängig. Hier liegt ein zentraler Unterschied in der Wahrnehmung des Rollenverständnisses der Vereinten Nationen zwischen der UNO als Institution einerseits und der amerikanischen Regierung andererseits. Ein Gewaltmonopol der UNO erkennen die Vereinigten Staaten nicht an.

Der Leiter des Planungstabes im State Department, Richard Haass, hat in diesem Zusammenhang die Formel vom »Multilateralismus à la carte« geprägt. Die dahinterstehende Realität ist, dass der internationalen Gemeinschaft eigentlich nur die Zustimmung zum amerikanischen Handeln verbleibt. Im entgegengesetzten Fall würde es am amerikanischen Verhalten auf internationaler Ebene nichts ändern.

Indes bleibt die Frage, ob ein amerikanischer Multilateralismus à la carte ausreicht, um gemeinschaftliches Handeln auf internationaler Ebene zu stärken.

Mit dem multilateralen Ansatz bei der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus ist ein Anfang gemacht worden, die amerikanische Außenpolitik stärker auf multilaterale Institutionen abzustützen. Der nächste Schritt müsste aber eine Ausweitung des Gebrauchs von multilateralen Instrumenten sowohl zur Bekämpfung des Terrorismus als auch auf anderen Gebieten sein. Neu stellt sich in diesem Zusammenhang vor allem das Problem einer Verstärkung der multilateralen Rüstungskontrolle. Aber an der Diskussion um andere internationale Gemeinschaftsaufgaben (Klimapolitik, Regelung der Biotechnologie, Krisenprävention u.a.) muss sich Amerika gestaltend beteiligen.

In seiner Rede vom 20. September vor dem amerikanischen Kongress erklärte George W. Bush, dass Amerika in seiner Trauer und Wut über die Terroranschläge vom 11. September seinen Auftrag und seine Berufung gefunden habe: »Unsere Nation – und diese Generation – wird unser Volk und unsere Zukunft von der düsteren Drohung der Gewalt befreien.« Von dieser Drohung wollen alle Menschen frei sein.

MATTHES BUHBE:

Strategiewechsel im Nahostkonflikt?

»I want to announce this morning, that I have informed the US that we have put all our capabilities under their disposal, and of our readiness to be part of the international alliance for ending terrorism against unarmed innocent civilians. Our objective is securing a world where security, peace and justice prevail. I will do all my part whatever is necessary to achieve that goal.«

Präsident Jasser Arafat am 19. September 2001

»The Americans have moved from one era to another. We haven't even begun to understand what happened there. They aren't thinking about how to defend Israel, but how to defend themselves in a crazy war.«

Außenminister Schimon Peres
bei seiner Rückkehr aus den USA am 24. Oktober 2001

»Arafat has chosen a strategy of terror and created a coalition of terrorists.«

Premier Ariel Scharon zum kanadischen Außenminister
John Manley am 31. Oktober 2001.

Im Nahen Osten herrscht seit 1948 der Kriegszustand. Teilfriedensschlüsse Israels mit Ägypten und Jordanien können darüber nicht hinwegtäuschen. Die Akteure im Nahen Osten führen zuallererst ihren eigenen Feldzug und stehen erst in zweiter Linie ihren amerikanischen Freunden gegen die Osama bin Ladens dieser Welt bei.

Seit dem 11. September hat sich die Sicherheitslage in Israel und den palästinensischen Gebieten nicht beruhigt, sondern im Gegenteil weiter verschlechtert. Mehrfach und mit immer längerer Verweildauer drangen die israelischen Streitkräfte in die so genannten A-Gebiete ein, die unter ausschließlicher Verwaltung von Arafats Autonomiebehörde stehen. Unverändert verübten militante Palästinenser Anschläge gegen Israelis. Israel richtete wieder Rädelsführer des gewaltbereiten palästinensischen Widerstands »vorbeugend« durch luftgestützte Todeskommandos hin. Radikale Islamisten schlugen mit Selbstmordterror zurück. Vergeblich verlangten die USA Ruhe, die sie benötigen, um die Allianz im eigenen Krieg gegen Osama bin Laden und die Taliban nicht zu gefährden.

Aber die israelischen und palästinensischen Kontrahenten sind auf internationale Partner angewiesen. Ihr Konflikt ist ohne Vermittlung unlösbar. Israel kann allein mit Hilfe militärischer und wirtschaftlicher Dominanz keine Lösung erzwingen, die gegen das UN-verbrieft Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser steht. Andererseits fehlen der palästinensischen Befreiungsbewegung jene staatlichen und wirtschaftlichen Machtmittel, um auf sich allein gestellt zum eigenen Staat zu kommen. Mit dem Osloprozess hat man sich 1993 für eine Verhandlungslösung unter US-amerikanischer Schirmherrschaft entschieden, allerdings ohne zum gewünschten Ergebnis zu kommen.

Israel hat etwas länger gebraucht als PLO und palästinensische Autonomiebehörde, um zu erkennen, dass die Supermacht USA nach dem 11. September 2001 einen Strategiewechsel vornehmen könnte: Neue Prioritäten in der US-Außen- und Sicherheitspolitik legen stärkere partnerschaftliche Beziehungen mit moderaten arabischen Regimen und weniger bevorzugte Beziehungen zu Israel nahe. Der Druck auf Israel, einen lebensfähigen Staat Palästina neben Israel zu ermöglichen, könnte zunehmen.

Ariel Sharon bezeichnete Arafat wiederholt als Osama bin Laden des Nahen Ostens. Israel sei schon vor dem 11. September ein Bollwerk gegen den Terrorismus gewesen und werde diesen nun härter bekämpfen als je zuvor. Sharon musste aber erkennen, dass er damit keineswegs auf amerikanischen Beifall stieß. Als er die USA davor warnte, Israel an die

Araber auszuliefern so wie Europas Demokratien 1938 die Tschechoslowakei Adolf Hitler geopfert hätten, und fortfuhr, ein zweites München werde Israel nicht zulassen, stand er als Störenfried da, der die Aufstellung beim Feldzug gegen den global operierenden Terror durcheinander brachte.

Jasser Arafat stellte sehr bald nach dem 11. September klar, es gäbe nichts an der strategischen Entscheidung von 1993 zu rütteln, die USA und damit den engsten Freund Israels zum wichtigsten Mittler zwischen der PLO und dem Staat Israel zu machen. Zum Terroristen wollte er sich nicht zurückstufen lassen. Sicher hatte er dabei noch gut die Folgen der palästinensischen Entscheidung von 1990 in Erinnerung, im Kuwaitkrieg gegen eine US-geführte Staatenkoalition die Seite Saddam Husseins zu wählen.

Eine Neubewertung, was Terror ist und wie er bekämpft werden muss, gibt es allerdings weder auf palästinensischer noch auf israelischer Seite. Die Palästinenser streichen noch mehr als bisher die Ursachen terroristischer Gewalt heraus, die in der Unterdrückung des palästinensischen Volkes lägen. Die Israelis streichen noch mehr die Bedrohung heraus, die Terroristen darstellen. Ihre Bekämpfung sei nötiger denn je, da sie das Vertrauen in ein Zusammenleben in Sicherheit zerstörten. Ihre jeweiligen Angebote an die USA zur Terrorbekämpfung erfolgen auf der Basis unveränderter nationaler Ziele, die sich hinter der jeweiligen Sicht verbergen. Sie sind eine taktische Anpassung an die mögliche Neubeurteilung amerikanischer Nahostpolitik.

Sicherheit für die eigenen Staatsbürger zu gewährleisten, gilt als staatliche Grundpflicht. Die Palästinenser, denen ein eigener Staat verwehrt wird, werden vor allem auch von den USA aufgefordert, aktiv zur Sicherheit Israels beizutragen. Die USA, so scheint es, können Israel aber nicht dazu bewegen, analog für die Sicherheit der Palästinenser einzutreten.

Der 11. September war kein Jubeltag in den palästinensischen Gebieten, obwohl einige Medien es in den ersten Stunden so darstellten. Nichtsdestoweniger gab es hier und da heimliche Freude, dass nun der arrogante Weltpolizist im eigenen Land erlebte, was man vor Ort ständig erdulden muss: Willkürliche Gewaltanwendung, die jeden Menschen jederzeit treffen kann.

Die palästinensische Grundeinstellung zu terroristischen Methoden fußt in erheblichem Maße auf dem, was als historisches Unrecht und amerikanische Missachtung der von den USA selbst mit aufgestellten internationalen Gerechtigkeitsregeln bezeichnet wird. Das Völkerrecht

hat sich am 11. September ebenso wenig geändert wie das palästinensische Leben unter Besatzungsbedingungen. Solange israelische Militäraktionen täglich zu Toten und Verwundeten führen, werden auch täglich neu Rachedgedanken und gewaltbereite Täter geschaffen. Wie jüngste Umfragen zeigen, rücken die Palästinenser keineswegs davon ab, Gewalt als legitimes Widerstandsmittel anzusehen. Weiterhin wird im »bewaffneten Kampf« nicht trennscharf zwischen Gewalt gegen die Besatzer in den besetzten Gebieten und Terrorakten gegen unbeteiligte Passanten im Kernland Israels unterschieden.

Die Bewertung von Selbstmordattentaten teilt sich auf in Abscheu seitens einer Minderheit und Rechtfertigung seitens einer Mehrheit: Israel provoziere, so heißt es, solchen Horror. Der Megaterror vom 11. September ordnet sich hier – mit anderer Gewichtung zwischen Bestürzung und Rechtfertigung – ein. Allgemein ist man davon überzeugt, dass die bisherige US-Nahostpolitik den anti-amerikanischen Terrorismus mit hervorgebracht hat. Das fundamentalistische Regime in Saudi-Arabien zu stützen, den Irak aber noch zehn Jahre nach dem Sieg der Allianz über Saddam Hussein zu bestrafen, Israel jährlich mit massiver Militärhilfe ohne Auflagen aufzurüsten, aber die Bewaffnung der Staaten im islamischen Bogen von Marokko bis Indonesien weitest möglich zu bevormunden, Menschenrechtsverletzungen in diesem Armutsbogen zu beklagen, aber das reiche Israel von Kritik zu verschonen, alles das gilt als »double standard«.

Bush unterstützt neuerdings in direkten Worten einen palästinensischen Staat neben Israel. Ein Strategiewechsel wird aber erst daraus, wenn das Konzept tragfähig ausgestaltet und energisch im politischen Handeln verankert wird. Schließlich sprachen Netanjahu und Scharon bereits 1998 – anlässlich des amerikanisch vermittelten Wye-River-Memorandums – von einem palästinensischen Staat. Die damalige Beschreibung glich allerdings weniger einem Staat als einem von den Palästinensern selbst zu verwaltenden Flickenteppich.

Israels jetzige Regierung mit Ariel Scharon und Schimon Peres an der Spitze ist zutiefst beunruhigt über Bushs mögliche Wahl. Wenn es sich hierbei um ein Nullsummenspiel handelte, wäre Israel vom Strategiewechsel negativ betroffen. Wenn Scharon und Peres auf unterschiedliche Weise auf die USA einzuwirken versuchen, dann aus dem analogen Kalkül heraus, das Arafat frühzeitig anstellte: Die USA haben ebenso sehr die Macht zur Obstruktion wie zur Durchsetzung eines zweiten Staates neben Israel. Bush muss daher davon abgehalten (bzw. in den Augen

Arafats davon überzeugt) werden, das palästinensische Recht auf einen eigenen Staat weniger nach israelischen und mehr nach arabisch-palästinensischen Vorstellungen durchzusetzen.

Seit dem 11. September spitzt sich der palästinensisch-israelische Konflikt zu, dreht sich die Gewaltspirale weiter. Mit zunehmendem Abstand zum 11. September wird der Kraftaufwand für eine neue US-Strategie und die regionale Anpassung daran größer. Die Konflikteskalation bestätigt nämlich die geschilderten Wahrnehmungsmuster von Terror: Als Reaktion auf die Willkür der Besatzungsmacht oder als Beweis der Friedensunfähigkeit des Arafat-Regimes.

ACHIM VOGT:

Die Entwicklung in der islamischen Welt und die westliche Ignoranz

Der Präsident warnt vor einem neuen »Kreuzzug«; nichts, warnen ihrerseits die Intellektuellen, werde im Nahen Osten mehr so sein wie bisher. Der Westen, so die Propaganda des Gegners, habe jeden Lösungsversuch in der Palästinafrage blockiert, schütze mit seiner gewaltigen Streitmacht letztlich nur den Familienbesitz der Ölscheichs und lasse Araber und Muslime immer wieder mit empörender Arroganz seine unerreichbare Überlegenheit spüren.

Doch es ist nicht Amerikas Präsident Bush junior, der da warnt, sondern der Diktator des Irak, Saddam Hussein. Es ist auch nicht das Video Ossama Ben Ladens, sondern die Propaganda-Maschinerie des Regimes am Euphrat, die die Muslime der Welt auf ihre Seite ziehen will. Und wir schreiben nicht das Jahr 2001, sondern die Jahreswende 1990/91. Die Situation, die der Politikwissenschaftler Friedemann Büttner seinerzeit in seinem Aufsatz so treffend beschrieben hat,¹ betraf den zweiten Golfkrieg und ähnelt auf fatale Weise den Bildern, die seit dem 11. September die öffentliche Meinung im Westen, aber auch in der islamischen Welt beeinflussen.

1. Büttner, Friedemann: »Im Schatten des ›Achten Kreuzzuges‹: Die Araber und der Westen nach dem Golfkrieg«, in: Lüders, Michael (Hg.): *Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der Arabischen Welt*, Serie Piper aktuell, München, 1992.

Die Parallelen führen unweigerlich zu der Frage, ob am Ende nicht doch alles ist wie zuvor, ob die Welt nicht erneut an just jenem Scheideweg angekommen ist, an dem sie vor elf Jahren schon einmal zu stehen meinte. Doch das *déjà-vu*-Gefühl erschöpft sich an der Oberfläche und verstellt den Blick für tiefgreifende Veränderungen der islamischen Welt im Inneren wie in ihrem Verhältnis zum Westen.

Das Monopol von CNN, seinerzeit verkörpert durch Peter Arnett in Bagdad, ist demjenigen von Al Jazeera gewichen – und die muslimische Öffentlichkeit bemerkte Anfang Oktober befremdet, dass ausgerechnet die USA als Hüter des Rechtes auf freie Meinungsäußerung die Zählung des Senders forderten. CNN verstand die Bedeutung von Al Jazeera ganz anders: Der Platzhirsch unter den Nachrichtensendern schloss einen Exklusivvertrag mit den Newcomern vom Golf, um dessen Bilder aus Kabul übernehmen zu können. Und wenige Tage später gab Großbritannien Premier Blair dem Sender ein Interview.

Das Jahrzehnt, in dem die bisherige Weltordnung zusammenbrach und die USA sich als letzte verbleibende Supermacht etablierten, hat gleichzeitig die groben Umriss einer neuen Ordnung im Medienbereich gezeitigt, die den bisher auf die unbestrittene Vormacht ihres PR-Arsenals vertrauenden USA offenbar weitgehend verborgen geblieben sind und sie nun überraschen. Ganz anders als 1990 stehen heute Satellitenschüsseln auf den meisten Hausdächern zwischen Marrakesch und Maskat und arabisches Satellitenfernsehen erreicht die Haushalte ebenso wie CNN, TV 5 oder die BBC. Nicht nur bieten arabische Sender andere Perspektiven, sondern der direkte Zugang zu Bildern beeinflusst die Perception amerikanischer bzw. westlicher Medien in der Region, die zumeist als extrem einseitig gesehen werden. Die konstruierten und in den ersten Tagen ständig wiederholten Bilder einer kleinen, die Anschläge feiernden Gruppe von Palästinensern sind im Nahen Osten mit erheblicher Verärgerung aufgenommen worden. Gerade vor diesem Hintergrund war der Ausfall der Bush-Administration gegenüber Al Jazeera ein Fiasko. Ausgerechnet der 1996 gegründete Sender, der sich am stärksten von den starren und unkritischen Berichten der arabischen Staatssender unterscheidet, der auch im Westen für seine kritische und unabhängige Berichterstattung gelobt und nur selten für mangelnde Professionalität getadelt worden war und der als einziger arabischer Sender regelmäßig israelische Politiker zu Wort kommen lässt, geriet ins Fadenkreuz einer PR-mäßig ins Rutschen gekommenen US-Regierung.

Die Anweisung von Bürgermeister Rudolph Giuliani, keine Bilder der New Yorker Opfer zu zeigen, ist aus amerikanischer Perspektive vielleicht verständlich, in der islamischen Welt wird dagegen immer wieder die Frage gestellt, warum andere Gewaltopfer, so in Palästina, gezeigt werden dürfen, die amerikanischen Opfer jedoch nicht. Im Westen ist nie wirklich verstanden worden, dass sich die – in den arabischen Fernsehstationen monatelang gezeigten – Bilder des von israelischen Soldaten erschossenen 12-jährigen Jungen Mohammed Ad Durrah zu Beginn der Intifada al Aqsa ähnlich in das kollektive Bewusstsein der Region eingegraben haben wie im Westen der Angriff auf das World Trade Center.

Es waren die Bilder der verzweifelt aus den Fenstern winkenden und sich in die Tiefe stürzenden Menschen, die auch in der islamischen Welt zu Entsetzen und Mitleid geführt haben. Diese Bilder aber sind, im Gegensatz zu Europa, im amerikanischen Fernsehen – von wenigen heftig kritisierten Ausnahmen abgesehen – nicht gezeigt worden. Womöglich, sagen beispielsweise arabische Intellektuelle, hätte die auf individuelles Leid emotional stärker reagierende islamische Welt die Trauer und den Schock des Westens besser verstanden, wenn sie die Opfer gesehen hätte. Dagegen blieb der für die Wahrnehmung im Westen so symbolträchtige – und deshalb dort ebenfalls unentwegt wiederholte – Einsturz der Zwillingstürme in seiner Wirkung in der islamischen Welt begrenzt.

Das Unverständnis über die Wahrnehmung der jeweils anderen Seite wurde auch an einem anderen Phänomen deutlich: Die absurde Konspirationsthese, der Mossad sei für die Anschläge in den USA verantwortlich, war letztlich nichts als der Versuch vieler Muslime, die Fassungslosigkeit über ein im Namen des Islam verübtes ungeheures Verbrechen zu kompensieren und sich von ihm zu distanzieren.

Schon früher hat der Westen Signale aus der islamischen Welt nicht erkannt: So wurde ihm nicht bewusst, dass dort quasi als Nebeneffekt der Kriege in Bosnien und im Kosovo die Sympathie für den Westen wuchs, der sich anscheinend mitten in Europa auf die Seite von bedrohten Muslimen stellte. Diese positive Stimmung verflieg jedoch schon ein Jahr später nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern und dem Ausbruch der Intifada Al Aqsa. Insbesondere der Rückzug Bushs aus der aktiven Vermittlerrolle gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat zu großer Verbitterung in der arabischen Welt geführt. Nur so ist zu verstehen, warum Ben Laden mit seinem ersten Video eine solche Wirkung erzielte. Auch hier ist die Parallele zum Golfkrieg unverkennbar, in dem Saddam Hussein den Palästina-Konflikt

für seine Propaganda nutzte: Seinerzeit dauerte die erste Intifada bereits seit drei Jahren an.

Trotz der beschriebenen negativen Vorzeichen könnte der langfristige Effekt des derzeitigen Konfliktes und mehr noch der Anschläge selbst ganz anders sein, als Ossama Ben Laden dies geplant hat. Die amerikanisch-britischen Luftschläge gegen Afghanistan haben einerseits stärker als bei früheren Konflikten zu einer gewissen Solidarisierung von Muslimen über die arabische Kernregion hinaus beigetragen. Andererseits jedoch wurde nach dem Schock des 11. September die längst überfällige inner-muslimische Diskussion über das Wesen islamischer Gesellschaften verstärkt, die – im Westen wiederum weitgehend unbemerkt – schon vor einigen Jahren begonnen hat.

Der Soziologe und Islamismus-Experte Gilles Kepel hat zwar bereits vor längerer Zeit den Niedergang des militanten Islamismus verkündet,² bezog sich dabei jedoch lediglich auf dessen Unfähigkeit zur Ergreifung der Macht. Er übersah, dass die Woge islamistischen Terrors des vergangenen Jahrzehnts zugleich das Tabu, den Islam zum Thema eines intellektuellen und damit letztlich politischen Diskurses zu machen, allmählich aufgeweicht hat. Es ist nicht auszuschließen, dass die »neue Dimension des Terrors« zugleich den Niedergang des politisch-militanten Islam weiter beschleunigen wird. Die Entmystifizierung des Islam als politischen Heilsbringers, die der Iran, aber auch Algerien bereits durchlitten haben, könnte sich im Zuge der zunehmend kritischen Selbstreflexion weiter fortsetzen.

STEPHAN BÖCKENFÖRDE: **Die Wiederentdeckung des Staates**

Als Folge auf die Neubewertung des Verhältnisses von »Sicherheit« und »Freiheit«, die nach den Anschlägen vom 11.9.2001 vorgenommen wurde, befinden sich die westlichen Industrienationen – allen voran die Vereinigten Staaten – in einem Prozess, den Staat wiederzuentdecken. Dagegen scheint der noch vor kurzem als geradezu zwangsläufig betrachtete Trend einer – wie auch immer definierten – Globalisierung,

2. Kepel, Gilles: *Jihad: Expansion et Déclin de l'Islamisme*, Gallimard, Paris, 2000; vgl. zuletzt *Die Zeit*, 11. Oktober 2001.

in deren Verlauf die Rolle des Staates zunehmend verschwindet, bis auf weiteres unterbrochen.

Zwar haben sich die historischen Bedingungen, unter denen der Staat heute agieren muss, vollkommen verändert, weil es einerseits zu einem deutlichen Bedeutungsverlust des Faktors »Territorialität« und damit zu einem Verschwimmen von Innen und Außen gekommen ist und weil andererseits die Bedeutung nicht-staatlicher (vor allem transnational agierender) Akteure gegenüber den Staaten stark zugenommen hat. Dennoch ist der Staat offensichtlich immer noch der einzige politische Akteur, dem man derzeit allgemein zutraut, organisatorisch und durch seine rechtliche Ausstattung Sicherheit (nach innen mit polizeilichen, nach außen mit militärischen Mitteln) bieten zu können – auch in einer Situation, in der die überragenden Gefahren nicht mehr – wie noch bis 1990 – von anderen Staaten, sondern von kriminellen/terroristischen nicht-staatlichen Organisationen ausgehen.

Ein erster Schritt im Zuge dieser Wiederentdeckung des Staates sind Antiterrorgesetze, die nun weltweit verabschiedet, und Sicherheitspakete, die überall geschnürt werden. In letzter Konsequenz kommt es zur Kombination polizeilicher Aufgaben und militärischer Mittel – und die beispielsweise in Deutschland vielfach erhobene Forderung, der Bundeswehr Kompetenzen im Inneren zuzugestehen, ist damit folgerichtiger Ausdruck dieser Entwicklung.

In den Vereinigten Staaten, die sowohl Ziel der Anschläge waren als auch die Führungsrolle im »war on terrorism« übernommen haben und die damit eine weltweit herausgehobene Position besitzen, kann man diese »Wiederentdeckung des Staates« besonders deutlich erkennen: Zunächst kam es in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 in der öffentlichen Meinung zu einem reflexartigen Ausbruch von Vertrauen in den Staat und seine Repräsentanten, die über das traditionelle »rally around the flag« hinausging. Denn nicht nur erhielt Präsident Bush Bestnoten für sein Agieren, vor allem erklärte eine überwältigende Mehrheit der Amerikaner, der Staat tue fast immer oder zumindest meist das Richtige.

Unter diesen Vorzeichen ergibt sich für den Staat geradezu ein Zwang zu intervenieren – von steuernden Eingriffen bis hin zur Entwicklung zum »starken Staat«. Eine erste Wende zeigte sich in der Wirtschaftspolitik, wo die neue Situation es der Bush-Regierung ermöglichte, eine unerwartet weitreichende Konjunkturpolitik zu rechtfertigen, durch die die Haushaltsüberschüsse angegriffen werden und die auch vor den

Rücklagen der Rentenkasse nicht Halt macht (gerade der letzte Schritt war im Sommer 2001 von Präsident Bush noch für tabu erklärt worden, allerdings mit der wörtlichen Einschränkung, dass es nicht zu einer Rezession oder einem Krieg komme – nun ist beides eingetreten).

Wirken sich diese Maßnahmen stimulierend aus, kommt es auf anderen Gebieten zu gravierenden, einschneidenden Beschränkungen: So werden aufgrund der neuen Gesetze die Finanzinstitute in Zukunft gründlicher überwacht werden, um die Geldwäsche zu bekämpfen; dabei geraten auch ausländische Institute in den Blickpunkt. Güter- und Personenkontrollen an den Grenzen werden verstärkt. Die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden nehmen – zum Unwillen der Bürgerrechtsgruppen – erheblich zu. Zahlreiche Elemente sind zwar zeitlich begrenzt und machen damit den Eindruck, lediglich einem »nationalen Notstand« in der Phase des »war on terrorism« geschuldet zu sein. Aber nicht jede Maßnahme kann vorbehaltlos mit einem solchen Notstand begründet werden (beispielsweise die zwischenzeitig erhobene Drohung der Regierung, der Firma Bayer das Patent für das Medikament Ciprobay zu entziehen).

Darüber hinaus übernimmt der Staat auch neue bzw. vor Zeiten ausgelagerte Aufgaben. Zwar ist ein »big government« in den Vereinigten Staaten – vor allem für die Republikaner – nach wie vor ein Anathema, aber eine fortgesetzte »Verschlankung« des Staatsapparates scheint unter dem Vorzeichen »Sicherheitsgewinn« nicht unbegrenzt möglich zu sein. Entsprechend kommt man nicht umhin, in dieser Frage Kompromisse zu machen. Die Debatten, ob man 28.000 unzureichend ausgebildete, schlecht bezahlte und entsprechend wenig motivierte Sicherheitskräfte, die im Auftrag privater Firmen auf den US-Flughäfen ihrer Arbeit nachgehen, in den mit Sozialleistungen und besserer Entlohnung ausgestatteten Staatsdienst übernehmen sollte, verdeutlichen die Spannung, die zwischen dem Projekt des »schlanken Staates« und dem Ziel der inneren Sicherheit besteht. Ein anderes Beispiel ist die Diskussion um die Zukunft des Unternehmens BioCorp, das 1998 die einzige kommerziell betreibbare Produktionsstätte für Milzbrandimpfstoffe in den USA vom Staat Michigan übernahm und in der Folge – aufgrund nicht erfüllter Hygienestandards – als Produzent vollständig ausgefallen ist.

Die Entwicklung hin zum »starken, die innere Sicherheit schützenden Staat« führte in den Vereinigten Staaten mit der Einrichtung des »Office of Homeland Security« auch zu einer tiefgreifenden organisatorischen Veränderung innerhalb der Regierungsbürokratie. Bisher waren

über 40 Regierungsstellen weitgehend unkoordiniert auf dem Feld der inneren Sicherheit aktiv, und seit Jahren waren die Defizite und Reibungsverluste innerhalb dieses Systems beklagt worden. Daneben wurde im Nationalen Sicherheitsrat eine neue Stelle eigens für Terrorismusbekämpfung geschaffen. Von wesentlich größerer Tragweite allerdings könnte am Ende sein, dass im Verteidigungsministerium mit Heeresminister Thomas White ein eigener Terrorismusbeauftragter bestellt wurde. Damit wird fast automatisch dem Heer eine verstärkte Rolle in Fragen der inneren Sicherheit zukommen – an dieser Stelle kommt es zum deutlichen Zusammenfluss polizeilicher Aufgaben und militärischer Mittel.

Schließlich erscheinen auch Vorhaben, die bislang vor allem einen außenpolitischen Anstrich besaßen, vor dem Hintergrund eines »Home-land-Security«-Konzeptes in einem neuen Licht; am deutlichsten wird dies wohl im Fall der Raketenabwehr, die zu einem elementaren Bestandteil eines solchen Konzeptes des »Sicherheitsstaates« wird, der sich der genauen Bestimmung der Natur seiner Feinde und deren Waffen nicht mehr gewiss sein kann.

Die Zeit wird zeigen, welche der zahlreichen Maßnahmen von Dauer sein werden und welche noch hinzutreten werden. Einige eingeleitete Schritte werden wieder zurückgezogen werden. Manches andere wird unter dem Druck, die zuvor erreichte Offenheit, Freiheit und Grenzlosigkeit nicht in Gänze aufzugeben, modifiziert werden. Aber solange man angesichts der bestehenden Bedrohungslage keine vertrauenswürdigeren Institutionen auf dem Feld der inneren und äußeren Sicherheit (er)findet, erlebt der (starke) Staat als Folge des 11. September 2001 seine Renaissance.

JENS UWE HETTMANN:

Weltweite Inklusionspolitik statt westlicher Selbstherrlichkeit

Die Ereignisse des 11. September 2001 stellen eine neuartige Herausforderung des internationalen Gewaltmonopols der Staaten dar. Ihre neue Qualität liegt darin, dass zivile Einrichtungen und Zivilisten von Nicht-Soldaten in einem nicht erklärten Krieg angegriffen werden. Das bedeutet, dass weder herkömmliche diplomatische noch militärische

Mittel geeignete Gegenstrategien bieten. Neue Antworten sind erforderlich.

Eine erfolgreiche Bearbeitung dieses Problems setzt zunächst eine Analyse der Ursachen voraus. Etwas grob lassen sich zwei Ursachenkomplexe unterscheiden:

Zum einen liegen Ursachen in der islamischen Welt selbst begründet. Sie ist insgesamt wenig durchdrungen von demokratischem Gedankengut und gekennzeichnet von autokratischen Herrschaftsstrukturen, großer sozialer Ungerechtigkeit, Korruption sowie Diskriminierung von Frauen und Minderheiten. Weit verbreitete Unzufriedenheit hat eine an religiösen Grundprinzipien orientierte Radikalisierung gefördert.

Zum anderen hat die Radikalisierung aber auch viel mit der Politik des Westens und insbesondere seiner Führungsmacht USA zu tun: Insgesamt hat der Westen seit dem Ende des Systemkonfliktes mit dem Osten versäumt, politische Antworten auf Armut, Drogen, Tyrannei, Hunger, Rassismus und religiösen Fundamentalismus zu finden. Die unmenschlichen Sanktionen gegen den Irak, unter denen zwar die Zivilgesellschaft leidet, keineswegs aber Saddam selbst, die jahrzehntelange selektive Verhinderung der Durchsetzung bestimmter UNO-Sanktionen, die einseitige und invariable Unterstützung Israels und insbesondere seiner völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik und die rücksichtslose Verbreitung von Werten, die in der islamischen Welt als dekadent abgelehnt werden, haben in Verbindung mit der arabisch-islamischen Enttäuschung darüber, dass die als überlegen angesehene islamische Gesellschaft nicht die Machtmittel hat, um sich gegenüber dem Westen zu behaupten, diese Radikalisierung begünstigt. Der Westen hat sich im islamischen Armutsgürtel vorwiegend durch Bilder von Reichtum, Überfluss, Konsum, Sittenverfall und Gewalt dargestellt. Er hat sich immer wieder mit korrupten Eliten arrangiert und es hingenommen, dass seine Bedürfnisse auch blutig und grausam befriedigt werden. Er hat sich als unsensibel gegenüber den katastrophalen sozialen Konsequenzen etwa der Strukturanpassungsprogramme der Bretton-Woods-Institutionen erwiesen. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn Heilslehren aller Art – aktuell allen voran die des endlich für Gerechtigkeit sorgenden radikalen Islam – auf fruchtbaren Boden fallen.

Wenn nun die Radikalisierung des Islam gestoppt und umgekehrt werden soll, dann gibt es, wenn der Westen sich nicht auf den von Osama bin Laden erklärten Religionskrieg einlassen will, keine schnell wirkenden und effizienten Strategien. Kurzfristig scheint klar zu

sein, dass zur schnellen Einhegung des Aktionsradius der Terroristen die Gewaltoption – auch angesichts fehlender Verhandlungsmöglichkeiten – nicht außer Acht gelassen werden kann. Allerdings müsste hierfür die amerikanische Weltpolitik auf andere Beine gestellt werden. Der jahrzehntelang praktizierte globalisierte McCarthyismus hatte dazu geführt, dass die USA sich mit beinahe jedem Akteur, der den Kommunismus bekämpfte, verbündete und mehr als einmal dadurch zum Zauberlehrling wurde, der die bösen Geister nicht mehr loswurde. Eine im Grundsatz gleiche, manichäische Politik, die die Welt in gute und schlechte Staaten einteilt, setzt die USA auch heute noch fort. Gerade hier hat die USA als einzig verbliebene Weltmacht gehörigen Nachholbedarf.

Ziel müsste eine gerechtere Weltordnung sein, in der konfligierende Interessen adäquat bearbeitet werden können. Dieser Verantwortung weicht die USA bislang aus. Amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001 darf sich nicht mehr auf selektives Leadership beschränken, auf das Einkategorisieren von Staaten und Akteuren in gute und böse. Was vermisst wird in der US-Außenpolitik, ist Augenmaß für eine gerechtere Weltordnung, für Interessenausgleich und Einbeziehung möglichst vieler Akteure, ist einfach der Ausdruck von Verantwortung der Weltführungsmacht für das Ganze. Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen für Veränderungen, wobei der 11. September hoffentlich nachhaltig deutlich gemacht haben dürfte, dass Isolationismus der falsche Weg ist. Aber ob die Bezahlung eines Teils der Schulden bei den Vereinten Nationen (nicht ohne weitere Zahlungen von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig zu machen), mehr Konsultationen mit Partnern und Koalitionären, das Aufheben von Sanktionen gegenüber Indien und Pakistan sowie härtere Töne gegenüber Israel und die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat aus eher opportunistischen Gründen erfolgen oder nicht, wird sich erst noch zeigen müssen. Der Welt ist die amerikanische Blockierung wichtiger internationaler Abkommen, von Antipersonenminen über Kyoto bis zum internationalen Strafgerichtshof, noch gegenwärtig.

Aber eigentlich stehen sämtliche Industriestaaten in der Verantwortung. Sie haben gemeinsam nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die strategische Fehlentscheidung gefällt, ihre Unterstützung auf den Osten umzuleiten – zu Lasten der klassischen Entwicklungsländer. Die ohnehin nie erreichte 0,7-Prozent-Größe sank kontinuierlich auf mittlerweile knappe 0,3 Prozent, die aktuelle Schuldeninitiative bringt einer begrenzten Anzahl von Staaten kaum mehr als einen Ausgleich für Einnahme-

ausfälle aus Rohstoffexporten. Wenn dem radikalen Islam – und das wäre eventuell Teil einer Antwort – der Nährboden entzogen werden soll, müssen die Entwicklungsanstrengungen so verstärkt werden, dass der fortschreitenden Verarmung Einhalt geboten wird. Die Zusammenlegung der Haushalte für Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden und dem europäischen Osten, die umstandsloses weiteres Verschieben der Mittel nach Osten erlaubt, ist da ein falsches Signal. Natürlich bedeuten mehr Mittel nicht automatisch mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität für alle. Vielleicht muss künftig verstärkt darüber nachgedacht werden, wie energischer gegen selbstherrliche Politikereliten vorgegangen werden kann, denen die Entwicklungsperspektiven ihrer Länder relativ gleichgültig sind.

Die entscheidende Frage, die der Westen und allen voran die USA beantworten muss, lautet also: Soll die bisherige ungleichgewichtige, selektive und exklusive internationale Politik fortgesetzt werden oder sollen stattdessen andere Wege gegangen werden, insbesondere was die Rolle der Vereinten Nationen und die internationale Entwicklungszusammenarbeit angeht? Von der Beantwortung dieser Frage wird auch abhängen, ob die Auseinandersetzung mit religiösem Fundamentalismus letztlich ausschließlich oder vorwiegend auf militärischem Weg weiter geführt wird.

DIETMAR DIRMOSER:

Öffentliche Debatte oder abgeschirmter Regierungsdiskurs?

Was am 11. September in New York und Washington geschah war schlimm: an hochgradig symbolhaften Orten westlicher Metropolen inszenierten Terroristen Massenmord- und Mega-Zerstörung. Doch weitaus schlimmer ist offenkundig für zahlreiche Zeitgenossen, was in den Attentaten aufscheint. Viele sehen in ihnen eine Art Wetterleuchten der Apokalypse, nämlich die Möglichkeit, dass die westliche Zivilisation zerstört und die globalisierte Marktökonomie ruiniert werden könnte. Nach den neuerdings denkbar gewordenen Szenarien könnte die nächste Attacke einem Atomkraftwerk gelten, oder der Trinkwasserversorgung einer Millionenstadt. Sie könnte in der Auslösung einer Pockenepidemie bestehen, oder darin, dass Selbstmordattentäter chemische, biologische oder Nuklearwaffen in Ballungsräumen einsetzen, in oder

außerhalb der USA. Im Gefolge solcher Aktionen würden nicht nur ganze Gesellschaften zur Unkenntlichkeit verändert, sondern auch die Wirtschaftstätigkeit bräche auf ruinöse Weise ein.

Diese neue und unerhörte Gefährdungsdimension in der Weltrisikogesellschaft, die die kollektiven Erwartungshorizonte umgepflügt hat, ist allerdings bislang rein hypothetisch. Zwar haben am 11. September die Sicherheitssysteme versagt, doch hat der Staat, weder in den USA noch anderswo, seine Handlungsfähigkeit verloren. Die Fähigkeit der Wirtschaft, Güter zu erzeugen und sie dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden, ist nicht beeinträchtigt; die direkten Zerstörungen dürften jene nach dem großen Erdbeben von 1994 in Südkalifornien kaum übersteigen. Und sollte die Attacke auch der Schubs gewesen sein, der die schwächelnde Weltwirtschaft in die Rezession abrutschen lässt, so gibt es keinen Hinweis darauf, dass sich diese Rezession nicht bewältigen ließe, wie die Rezessionen von 1975, 1982 und 1991 bewältigt wurden. Doch nicht einmal dann, wenn ein Teil der schlimmsten Befürchtungen Wirklichkeit werden sollte, steht von vornherein fest, dass die westlichen Ökonomien und Gesellschaften, die mit Kriegen und Naturkatastrophen fertig geworden sind, nicht auch diese Krise meistern können. Die neuen – hypothetischen – Gefahren treffen offenbar auf eine markant pessimistische Grundstimmung.

Alles andere als hypothetisch ist indes der Schock der Demütigung und Verunsicherung der amerikanischen Gesellschaft, die sich im eigenen Land vor Attacken von außen stets sicher fühlen konnte. Nach 1814, als britische Truppen Washington in Brand steckten, mussten sich die USA nie wieder mit einem externen Feind innerhalb der eigenen Grenzen auseinandersetzen. Der Schock trägt dazu bei, dass die Gefahren zu einem Faktor in der Wirklichkeit werden, denn auch hypothetische Risiken sind reale Risiken. Die größte Gefahr ist nicht das Risiko selbst, sondern seine Wahrnehmung, warnt Ulrich Beck, und fügt hinzu, Gefahrenphantasien können leicht Gegenmittel freisetzen, die die moderne Gesellschaft ihrer Handlungsmöglichkeiten berauben. Auch Paul Krugman warnt. Er spricht in der *New York Times* von einer »fear economy«: Unternehmen, die über die möglichen Folgen der Krise besorgt sind, streichen ihre Investitionspläne zusammen und schaffen dadurch ein neues Risiko, nämlich das, dass sich ihre Befürchtungen in eine self-fulfilling prophecy verwandeln.

Bei der Einschätzung der Gefahren und der Abwägung der Risiken, sowie bei der Wahl der Gegenmittel hat der Westen die Initiative und

Federführung bislang den USA überlassen. Die Vereinigten Staaten haben in Form der vom Präsidenten selbst so getauften Bush-Doktrin gleich eine komplette Weltsicht geliefert, eine äußerst simple zwar, doch eine, die universale Geltung beansprucht. Die Essenz dieser Doktrin besteht darin, die Staaten der Welt nach gut und böse zu sortieren. Gut steht für die Zivilisation schlechthin, böse für das »Schattenreich des internationalen Terrorismus«, jene »Geißel der Menschheit«, die es zu eliminieren gelte. Und eliminiert werden sollen nicht nur Terrornetzwerke, sondern alles, was die terroristischen Strukturen begünstigt oder fördert. Wer Terrorist ist und wer nicht, welche Staaten als Unterstützerstaaten einzustufen sind und welche nicht, welche Maßnahmen – einschließlich Militäraktionen – wann zu ergreifen sind, das bestimmen im Zweifelsfall einseitig die Vereinigten Staaten. Da rasch und entschlossen gehandelt werden müsse, so Militärplaner hinter vorgehaltener Hand, dürften sich die USA nicht in multilateralen Prozeduren verzetteln.

Abseits stehen oder Neutralität sind nach der Bush-Doktrin nicht erlaubt. Seit seiner Kongress-Rede am 20. September wird der Präsident nicht müde zu wiederholen: »Entweder ihr seid auf unserer Seite oder auf der der Terroristen.« Ausgehend von dieser Position zimmerte Colin Powell mit Hilfe von Drohungen, Geld und Argumenten eine breite Anti-Terrorismus-Koalition zusammen. Darin deuten sich Strukturen und Mechanismen einer neuen polarisierten Weltordnung an, die aus der Bush-Doktrin entspringt. Die falsche Seite zu wählen, werde die betreffenden Staaten teuer zu stehen kommen, so der US-Präsident vor der UNO-Vollversammlung. Wer aber kooperiert, wird belohnt: Pakistan erhält für seinen Frontwechsel immerhin eine Milliarde US-Dollar. Doch bereits nach wenigen Wochen des angeblich auf Jahre ausgelegten Anti-Terror-Krieges rumort es in der Allianz. Viele Mitglieder sind weder zu blindem Gehorsam bereit, noch dazu, ihre Zweifel und Vorbehalte auf die Dauer herunterzuschlucken.

In der Bush-Doktrin wird der komplexe Entstehungs- und Ursachenzusammenhang des fundamentalistischen Terrorismus auf simple Gegensätze eingedampft. Das hat in den USA eine lange Tradition. Ronald Reagan prägte für die Sowjetunion den Begriff »Reich des Bösen«. In Samuel Huntingtons Kampf der Kulturen lautet die Formel: »The West against the Rest«. Huntingtons Thesen, die laut »Foreign Affairs« eine ungleich größere Resonanz erzielten als jemals ein Beitrag zur internationalen Politik, hat die Autoren des neuen Diskurses der US-Regierung unüberschbar beeinflusst und inspiriert.

Simple Theorien mögen marktgängig und medienwirksam sein und es der US-Administration erleichtern, die ökonomischen und politischen Ressourcen zu mobilisieren, die für eine langdauernde militärische Auseinandersetzung in fernen Gefilden nötig sind. Ihre Anwendung beginnt mit der Propagierung griffiger Formeln, könnte aber leicht mit schrecklichen politischen und militärischen Irrtümern enden, denn Erklärungen, die der Komplexität der Wirklichkeit nicht gerecht werden, sind zumeist falsch und Handlungen, die darauf bauen, gehen notwendig in die Irre. Doch auf die Plausibilität und Konsistenz von Erklärungen kommt es möglicherweise gar nicht an. Die Bush-Doktrin ist viel zu vage, als dass damit diskutierbare Aussagen über die Wirklichkeit generiert werden könnten und bislang ist auch niemand in der Administration in Erscheinung getreten, der willens oder in der Lage wäre, differenzierte Fundierungen für das, was getan wird, nachzuliefern. Deshalb ist der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es sich bei der Bush-Doktrin in erster Linie um ein Instrument handelt, das das Regierungshandeln gegen die öffentliche Debatte abschirmen und gegen interne und externe Kritik immunisieren soll. Hinter diesem Schirm kann die Administration in aller Ruhe Punkte der politischen Agenda abarbeiten, die bislang durch politische Gegengewichte und die Öffentlichkeit blockiert oder konditioniert waren. Der Terminus »Schurkenstaat« gehört seit geraumer Zeit zum Vokabular der US-Außenpolitik. Und dass gegen solche Staaten und von ihnen unterstützte Terrorgruppen nicht nachdrücklicher militärisch vorgegangen wurde, entspringt weniger Überzeugungen als außenpolitischen Opportunitätskalkülen sowie der Wirkung interner Gegengewichte.

Ein weiteres Indiz für die Abschirmungsfunktion des Regierungskurses ist die offizielle Informationspolitik. Im Zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg gab es unabhängige Kriegsberichterstatter. Ihre Arbeit ermöglichte es, zumindest nachträglich, militärische Fehler, Verstöße gegen Normen oder die Verschwendung von Steuergeldern öffentlich zu diskutieren. Die Bürger hatten die Chance, selbst in extremen Situationen ihre Regierung zu kontrollieren. Beim derzeitigen Krieg ist die Öffentlichkeit von den Informationen über das Geschehen an und hinter den Fronten abgeschnitten, und unabhängige Informationen werden auch nach Beendigung des Konflikts nicht zur Verfügung stehen.

All dies ist möglicherweise ausgesprochen kontraproduktiv, denn es unterhöhlt die Glaubwürdigkeit der Anti-Terrorismus-Politik in den Gesellschaften des Bündnisses und in der arabischen Welt ohnehin. In

großen Teilen der Welt gibt es ein dringendes Bedürfnis und einen weitreichenden Konsens über die Notwendigkeit, die Strukturen zu demonstrieren, die Aktionen wie jene am 11. September hervorbringen, und die Gesellschaften wirksam vor jenen zu schützen, die mit Zündholz und Bombe bereitstehen. Doch dieser Konsens, sowohl der politische der Staaten als auch der innerhalb der Gesellschaften kann nur halten, wenn die Frage der Zweckmäßigkeit von Aktionen und der Verhältnismäßigkeit der Mittel zum Gegenstand einer offenen und öffentlichen Diskussion werden. In den Beziehungen zwischen den Staaten taugen dafür multilaterale Aushandlungsmechanismen allemal mehr als der Unilateralismus des »Wir gegen Sie«.

Der Islam ist mit über einer Milliarde Anhänger in 184 Staaten nach dem Christentum die größte Glaubensgemeinschaft. Neben dem islamischen Fundamentalismus gibt es den protestantischen, katholischen, jüdischen, hinduistischen und vermutlich weitere. Jede der Weltreligionen hat ihre dunkle Unterseite, ihren inneren Mars. Was kann getan werden, um dem eigenen und dem fremden Aberglauben mit der Waffe der Analyse und Kritik entgegenzutreten? Jürgen Habermas hat in seiner Friedenspreisrede darauf hingewiesen, am 11. September sei nicht etwa ein Konflikt zwischen traditionaler und moderner Gesellschaft aufgebrochen, sondern es sei die Spannung zwischen säkularer Gesellschaft und Religion explodiert, eine Spannung, die es sowohl in der christlichen wie der islamischen Welt gibt, und für die beide eine gemeinsame Sprache finden können und müssen. Letztlich ist die Zivilisation der Aufklärung nur dadurch wirksam zu verteidigen, denn sie ist, so Thomas Schmidt, im Kern auf ewigen Frieden angelegt.

WINFRIED VEIT:

Mit dem fundamentalistischen Terror leben

Hat sich die Welt seit den Terroranschlägen von New York und Washington tatsächlich fundamental verändert, wird nichts mehr so sein, wie es war? Zumindest die ersten Reaktionen der Politiker und die Schlagzeilen der Massenmedien legen diese Sichtweise nahe. Doch schon die danach folgende Debatte über Ursachen und Konsequenzen der Anschläge kommt einem allzu bekannt vor: beim Schlagabtausch der Argumente zumindest ist alles beim Alten geblieben. Wie eh und je tra-

gen »Realpolitiker« und »Gutmenschen« ihre altbekannten Gefechte aus, natürlich erweitert um die schreckliche Dimension des neuen Terrors. Für die »Realisten«, die vorwiegend im Pentagon und in den Staatskanzleien der westlichen Länder sitzen, gilt es jetzt, einen unbarmherzigen Vernichtungsfeldzug gegen den internationalen, zunächst mittelöstlich verorteten Terror zu führen, dem alles andere unterzuordnen ist. Doch weder ist der Gegner genau auszumachen, wenn man ihn denn nicht auf Osama Bin Laden und die Taliban beschränken will, noch ist klar, was das »alles andere« langfristig bedeuten wird. Kurzfristig ist offensichtlich, dass der Anspruch auf die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen, aufgeklärten westlichen Zivilisation, der die Attacke auf das World Trade Center ja nach allen Bekundungen galt, zunächst auf der Strecke bleiben muss, wenn man sich geradezu flehentlich darum bemüht, so demokratische und aufgeklärte Staaten wie Saudi-Arabien, Pakistan, Syrien und Iran in die »große Koalition gegen den Terror« einzubinden. Sie alle haben – offen oder verdeckt – fundamentalistische Bewegungen und/oder terroristische Gruppen unterstützt, einige stehen noch heute auf Washingtons Liste der »Schurkenstaaten«.

Leider stehen die »Idealisten« auch nicht viel besser da, denn ihre seit den Glanzzeiten der antiimperialistischen Bewegung der sechziger Jahre vorgetragenen Argumente haben zwar einiges für sich, aber die reale Entwicklung spricht gegen sie. Natürlich liegt die Vermutung nahe, dass eine durch generöse Wirtschafts- und Entwicklungshilfe halbwegs saturierte Bevölkerung weniger anfällig gegen fundamentalistische und terroristische Versuche wäre. Doch bewiesen ist das nicht, abgesehen davon, dass auch der 11. September kaum die Opferbereitschaft der westlichen Gesellschaften für großzügige Hilfsprogramme erhöhen wird. Zu befürchten ist vielmehr, dass Opfer hauptsächlich für die eigene Sicherheit gebracht werden. Auch das Argument, der nun wirklich sehr wohlhabende Bin Laden und seine überwiegend gut gebildeten, aus der Mittelklasse stammenden Führungskader seien aufgrund des Elends ihrer Landsleute zu Terroristen geworden, ist durch nichts bewiesen. Warum gibt es denn in Afrika, dem Kontinent mit der höchsten Armutsrate und dem historisch größten Kolonisierungsgrad, keine fundamentalistische, gegen den Westen gerichtete, geschweige denn terroristische Bewegung? In Lateinamerika, auch nicht gerade ein Hort der gleichen Einkommensverteilung und jahrzehntelang Opfer des »Gringo-Imperialismus«, kämpfte die Guerilla-Bewegung der sechziger und siebziger Jahre nicht für die Abschaffung des westlichen Modells der Aufklärung

sondern für seine – wie auch immer geartete – »Verbesserung«. Und die kurzzeitige Beschwörung »asiatischer Werte« – wer erinnert sich noch? – in den achtziger und neunziger Jahren speiste sich nicht etwa aus Minderwertigkeitskomplexen gegenüber dem Westen sondern aus dem Gefühl der Überlegenheit gegenüber dem damals scheinbar »sklerotischen« Europa.

Also zurück in den Nahen und Mittleren Osten. Was macht die Besonderheit dieser Weltregion aus, die voraussichtlich für eine geraume Zeit im Mittelpunkt der »internationalen Terrorismusbekämpfung« stehen wird?

Natürlich ist religiöse, ethnische, soziale und ideologische Fragmentierung nicht nur ein Merkmal des Nahen Ostens, auch nicht das Ausstrahlen blutiger Konflikte. Dazu genügt ein Blick vor Europas Haustür, auf den Balkan. Aber die Gewalttätigkeiten dort und andernorts haben sich nicht oder zumindest nicht vorrangig gegen »den Westen« gerichtet. Die anderen Regionen der Welt mögen zwar Opfer von Kolonialismus und Ausbeutung gewesen sein und haben ihre Befreiungskriege ausgefochten, doch standen sie nie in direkter »Systemkonkurrenz« zum Westen. Man könnte auch sagen: Afrikaner und Asiaten standen nie vor Wien. Die nahöstlich-islamische Welt hingegen kämpfte jahrhundertelang mit dem »christlichen Abendland« um die Vorherrschaft, nicht nur in geographischer sondern vor allem auch in ideologischer Hinsicht, vergleichbar nur dem späteren Ringen zwischen westlicher »freier Welt« und östlichem Kommunismus. Wenn nun fundamentalistische Extremisten die Gewalt in das Herz der westlichen Welt tragen, dann mag dies durchaus als Wiederaufnahme dieser historischen »Systemkonkurrenz« gedeutet werden. Verschärft wird diese Tendenz durch eine ungleichzeitige Entwicklung von Christentum und Islam, die der libanesische, in Paris lebende Schriftsteller und Essayist Amin Maalouf so beschrieben hat: »Wenn man zwischen der christlichen und der islamischen Welt einen geschichtlichen Vergleich ziehen würde, stieße man einerseits auf eine Religion, die lange Zeit intolerante und unverkennbar totalitäre Tendenzen vertreten, sich nach und nach jedoch zu einer Religion der Offenheit gewandelt hat; zum anderen auf eine Religion, die ein Bekenntnis zur Offenheit vertreten hat, nach und nach jedoch in intolerante und totalitäre Verhaltensweisen abgeglitten ist.«

Man mag die Allgemeingültigkeit dieser Aussage anzweifeln, doch ist nicht zu leugnen, dass der islamische Fundamentalismus in den letzten Jahrzehnten ungeheuren Zulauf hatte – von den Philippinen über Indo-

nesien und Zentralasien bis zum Sudan und Algerien. In der gegenwärtigen Debatte über Ursachen und Folgen des 11. September werden möglicherweise diese historischen und kulturpsychologischen Faktoren unterschätzt – da hilft auch die geradezu rituelle Beschwörung des interkulturellen Dialogs und die formelhafte Absage an den »Zusammenprall der Zivilisationen« nichts. Kaum wahrscheinlich ist, dass die Bombardierung eines islamischen Landes und die krampfhaftige Stützung korrupter und autoritärer Regime in der islamischen Welt den gewünschten Erfolg haben werden. Die Wut der Fundamentalisten richtet sich genauso gegen die Verbündeten des Westens wie gegen den Westen selbst, wie die Lage in Algerien, Ägypten und Saudi-Arabien beweist. Auf längere Sicht könnten deshalb diese Regime eher zur Last werden denn zur Entlastung beitragen. Auf der anderen Seite würden auch umfassende Hilfsprogramme, selbst wenn sie zustande kämen, nur wenig bewirken: der von einigen geforderte »Marshall-Plan« für den Nahen Osten hätte nicht den gleichen Resonanzboden, wie es das zerstörte und nach Demokratie strebende Europa nach dem zweiten Weltkrieg war. Vermutlich würden Hilfsgelder in der Mehrzahl ebenso in dubiosen Kanälen versickern, wie dies heute auf dem Gebiet der palästinensischen Autonomiebehörde der Fall ist. Am Beispiel der zweiten palästinensischen »Intifada« lässt sich überdies ein weiterer Schwachpunkt der europäisch-rationalen Sichtweise festmachen: trotz aller wirtschaftlichen und sozialen Deprivation läßt der Widerstand unter den Palästinensern nicht nach, weil – wie ironischerweise ein früherer israelischer Geheimdienstchef festgestellt hat – Glaube, Würde und Selbstachtung einen höheren Stellenwert haben als das bloße Wohlergehen, obgleich niemand unterstellen wird, dass Palästinenser – oder auch Afghanen – nicht für sich und ihre Kinder ein besseres Leben wünschen.

Wenn also beides – Bomben oder Rosinen – nicht den gewünschten Erfolg haben, was bleibt dann übrig? Wir werden uns wohl auf eine längere Auseinandersetzung mit dem Terrorismus einstellen müssen. Aber dessen militärische oder polizeiliche Bekämpfung, die derzeit im Mittelpunkt steht, kann nur ein Aspekt sein. Leider scheint es aber so, als ob dieser Aspekt der einzige – oder zumindest der dominierende – sein wird, den der Westen beizutragen hat. Eine wirkliche Lösung des islamisch-fundamentalistischen Terrorproblems kann nur von innen heraus, aus der islamischen Welt selbst erfolgen. Islamische Intellektuelle, bezeichnenderweise meist im westlichen Exil lebend, haben den Weg dorthin aufgezeigt: eine Reform des Islam an Haupt und Gliedern, die wie-

der an seine toleranten und offenen Ursprünge anknüpft. Bis dahin wird es noch ein langer Weg sein und solange werden wir wohl oder übel mit dem Terror leben müssen.

Wie das geht, hat ein kleines nahöstliches Land vorgemacht, das seit seiner Gründung vor über fünfzig Jahren unablässig terroristischen Attacken ausgesetzt ist: Israel lebt seit seiner Staatsgründung im permanenten – juristischen wie psychologischen – Ausnahmezustand. Dennoch geht das Leben weiter, werden Hochzeiten gefeiert, Kinder gezeugt und – natürlich – auch die Toten des Terrors begraben. Und vor allem: Israel hat es geschafft, trotz aller Bedrohungen und bei allen Defiziten, eine äußerst lebendige Demokratie zu bleiben. Das war und ist sicherlich nicht einfach, und wir sollten dies bei unseren manchmal geradezu hysterisch geprägten Debatten über die innere und äußere Sicherheit nicht vergessen. Schließlich steht – im Unterschied zu Israel – unsere Existenz als Volk und Staat nicht auf dem Spiel. Dass Israel – aus allzu durchsichtigen Gründen – aus der »Koalition gegen den Terror« ausgeschlossen wurde, ist kein gutes Zeichen.